Die Flamingos beziehen die neue Pantanal-Anlage im Zoo *Seite 18*

Zürcher Gemeinderat bewilligt Strichplatz mit Sexboxen *Seite 19*

Das Geschworenengericht begeht seine Aufhebung festlich *Seite 20*

Das NZZ-Folio stellt Tatort-Modelle an der Falkenstrasse aus *Seite 21*

«Unsere Interessen enden nicht an der Kantonsgrenze»

Für die amtierende Zürcher Ständerätin Verena Diener (glp.) ist eine grenzüberschreitende Raumplanung dringend nötig

Die Grünliberale Verena Diener ist gern Ständerätin und möchte es bleiben. Den Ausstieg aus der Atomenergie hält sie für verkraftbar. In der Raumplanung plädiert sie für eine Stärkung der Bundeskompetenzen.

Nationale Wahlen 2011
Zürcher Ständeratskandidatinnen und -kandidaten

Frau Diener, warum gefällt es Ihnen im Ständerat so gut, dass Sie nochmals antreten?
Im Ständerat kann ich alle Facetten, die ich im Lauf meiner politischen Karriere erlebt habe, einbringen. Die reichen von meiner kommunalen Erfahrung aus Buch am Irchel über meine Zeit im Nationalrat bis zu meiner Tätigkeit in der Zürcher Regierung. Die parlamentarische Arbeit, wie sie im Ständerat betrieben wird, entspricht mir sehr. Ich habe mich noch nie in einem politischen Amt so wohl gefühlt wie jetzt.

Täuscht der Eindruck, dass Sie die Parteipolitik im engeren Sinn, das alltägliche politische Gezänk mit Distanz, ja mit Widerwillen betrachten und auf anderer Flughöhe politisieren wollen?
Das ist so. Und deshalb gefällt es mir im Ständerat so gut. Es ist da nur schon verpönt, die Parteizugehörigkeit zu nennen. Die nationalrätlichen Duelle FDP gegen SVP beispielsweise finden im Ständerat nicht statt. Ich mag jene politischen Unterhaltungen nicht, in welche sich die Menschen nicht wirklich einbringen. Ich will spüren, was der Mensch denkt, und nicht, welches Dogma er sich anheftet.

Ist dieses Hickhack aber nicht einfach Ausdruck des Ringens um politische Positionen und Entscheidungen?
Die Showkämpfe, die in der Politik Einzug gehalten haben, sind für die Lösungsfindung nur hinderlich. Der Pfau schlägt einfach einmal ein Rad, um Position zu markieren. Als weiterentwickelte Gattung müssen wir das aber nicht permanent nachahmen. Man verliert dadurch nur unnötig Energie.

> «Der Pfau schlägt einfach einmal ein Rad, um Position zu markieren. Wir müssen das aber nicht permanent nachahmen.»

Sie sprechen von Showkämpfen. Aber es geht doch darum, mit klaren Haltungen in eine Diskussion einzutreten und nicht vorschnell Kompromisse zu schliessen.
Da stimme ich vollumfänglich zu. Ich bin ein Mensch, der täglich in seinem Innern Klarheit schafft, um die eigene Position nach aussen darlegen zu können. Das hat nichts mit Showkämpfen zu tun, sondern zeigt, dass ich mich, das Gegenüber und das Thema ernst nehme. Nur so ist ein Dialog möglich.

Was unterscheidet den echten Dialog vom Showkampf?
In einer ernsthaften Diskussion müssen alle Teilnehmer ihre Überlegungen und Haltungen transparent machen. Das kann man auch so tun, dass gleichzeitig das Visavis diskreditiert wird: Man unterstellt ihm schlechte Absichten oder mangelndes Know-how und zwingt es damit in die Defensive. Es muss mit gleicher Münze heimzahlen. Ein wirklicher Austausch wird so verhindert.

Unterscheidet sich der Ständerat in dieser Hinsicht vom Nationalrat?
Im Ständerat ist oft ein vertiefter Dialog möglich, weil die Mitglieder etwas älter sind als im Nationalrat und mehr Erfahrung in der Politik und im Leben haben. Viele haben auch ein gutes historisches Gedächtnis und wissen um die Hintergründe Jahre zurückliegender Entscheidungen. Das ist in einer schnelllebigen Zeit extrem wertvoll. Im Ständerat kann der Zeitgeist verlangsamt oder beschleunigt werden.

Ständerätin Verena Diener (glp.) schätzt den ernsthaften Austausch. KARIN HOFER / NZZ

Spielen die Parteien im Ständerat tatsächlich eine so geringe Rolle? Der Ausdruck «chambre de réflexion» kaschiert doch nur, dass auch im Ständerat um handfeste Interessen gerungen wird.
Auch Ständeräte vertreten natürlich die Grundwerte ihrer Parteien, aber nicht so dogmatisch wie Nationalräte. Deshalb kommt es immer wieder vor, dass Ständeräte anders als die Nationalratsfraktion ihrer Partei stimmen oder eine modifizierte Haltung einnehmen. In den Fraktionen wird diese politische Selbständigkeit der Ständeräte akzeptiert – jedenfalls bis jetzt. Das ermöglicht es dem Ständerat, bei wichtigen Entscheiden wenn immer möglich einen Konsens anzustreben.

Wie und mit wem lassen sich im Ständerat Zürcher Interessen, zum Beispiel beim Lastenausgleich, durchsetzen?
Hier sind die Fronten verhärtet. Bedauerlich ist, dass man nie daran gedacht hat, in das Vertragswerk eine Klausel einzubauen, die es den Geberkantonen erlaubt hätte, bei grosser Unzufriedenheit seine Weiterentwicklung zu verlangen. Jetzt werden wir von den Nehmerkantonen permanent überstimmt. Da nützen Argumente gar nichts, obwohl Analysen schwarz auf weiss aufzeigen, dass die soziodemografischen Lasten der zahlenden Stadtkantone zu wenig berücksichtigt sind.

Das tönt, als ob Sie der Ansicht wären, man könne einfach nichts machen.
Nein, ich weise jeweils auf die Gefahr hin, dass die zahlenden Kantone einmal genug haben und aufbegehren könnten. Das hätte Spannungen zur Folge, die auch nicht im Interesse der Empfängerkantone liegen können. Der unbefriedigende Vertrag lässt nur einen Weg offen: den des Dialogs und der gemeinsamen Lösungsfindung.

Sie verkörpern eine immer noch kleine, schwer fassbare Partei, die GLP. Müsste Zürich nicht durch eine grössere vertreten sein im Stöckli?
Einer grösseren Partei anzugehören, hat sicher den Vorteil, dass man über eine bessere Infrastruktur verfügt und ein grösseres Beziehungsnetz hat. Stammt man aus einer kleineren Partei, ist man freier, Entscheidungen als eigene Persönlichkeit zu fällen. Die Zürcherinnen und Zürcher haben mit Monika Weber und mit mir zweimal Frauen aus kleinen Parteien in den Ständerat gewählt. Offenbar war die Parteizugehörigkeit dafür kein Hindernis.

> «In den Fraktionen wird eine gewisse politische Selbständigkeit der Ständeräte akzeptiert – jedenfalls bis jetzt.»

Welche Themen stehen aus Zürcher Sicht zurzeit im Vordergrund?
Klar ist, dass der neugestaltete Finanzausgleich weiterentwickelt werden muss. Generell ist der Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort Zürich in seiner Stärke zu erhalten. Wenn dieser Motor ins Stottern kommt, wird das gravierende Folgen für das ganze Land haben. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Verkehrspolitik. Unentbehrlich für das Bahnnetz sind vor allem der Brüttener und der Zimmerbergtunnel. Ich habe mich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die Tunnels anders als vom Bundesrat beabsichtigt oben auf der Traktandenliste bleiben. Wichtig für Zürich sind auch überregionale politische Ansätze wie die Metropolitanregionen. Unsere Interessen enden nicht an der Kantonsgrenze.

Wer soll diese Interessen jenseits der Kantonsgrenze durchsetzen?
In den nächsten vier Jahren wird die Raumplanung von erstrangiger Bedeutung sein. Die Zersiedelung und das Wachstum der Agglomerationen sind nur mit einer grenzüberschreitenden Planung in den Griff zu bekommen. Dafür muss der Bund mehr Kompetenzen bekommen, und die Gemeinden werden solche zugunsten kantonaler Planungen abgeben müssen. Bei aller Sympathie für den Föderalismus werden wir regional stärkere Konzepte schaffen müssen. Es kann doch nicht mehr sein, dass jede Gemeinde ihre Gewerbezone nach eigenem Gutdünken einrichtet.

Es fehlt aber vor allem an Wohnraum in den Zentren.
Solange die Personenfreizügigkeit nicht aufgekündigt wird – wogegen ich mich wehre – und die wirtschaftliche Prosperität anhält, wird der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte anhalten. Also müssen wir auch Wohnungen anbieten. Das bedeutet, dass wir im Bereich der Raumplanung konzeptionell vorwärtskommen müssen, und zwar schnell. Das Bauen muss auf die Siedlungsgebiete konzentriert werden, die übrigen Gebiete sollen als Erholungsgebiete erhalten bleiben. Zu bemerken ist, dass der Kanton Zürich punkto Raumplanung sehr gut dasteht.

Im Grundsatz würden Ihnen alle zustimmen. Wenn man das Mittelland betrachtet, muss man aber sagen, dass die Probleme seit einem Vierteljahrhundert offensichtlich sind. Konkret geschieht überregional aber trotzdem nichts.
Wir sind uns einig, dass es in der Schweiz zu viel eingezontes Land gibt, und das am falschen Ort. Wir müssen also Umlegungen vornehmen und beispielsweise die zu grossen Bauzonen im Wallis und anderswo auszonen. Dafür wird es in gewissen Bereichen zu Entschädigungszahlungen kommen. Soll das der Steuerzahler bezahlen, und sollen auf diese Weise die durch Einzonungen erzielten Gewinne privatisiert werden? Das kann es nicht sein. Deshalb habe ich in der Raumplanungskommission die Mehrwertabschöpfung, die erst zwei Kantone umgesetzt haben, als wirksames Instrument eingebracht. Der Ständerat ist mir gefolgt.

Wo standen Sie in Einklang mit Felix Gutzwiller, wo gab es Differenzen?
Wenn es um direkte Interessen des Kantons Zürich ging, stimmten wir praktisch immer gleich. Eine völlig ungeteilte Standesstimme ist jedoch weder notwendig noch von irgendjemandem verlangt. Sonst könnte man ja eine einzige Person ins «Stöckli» schicken. Mit zweien will man ein etwas breiteres politisches Spektrum abdecken.

Loten wir das Spektrum der amtierenden Zürcher Standesstimmen aus.
Einig waren wir uns in Verkehrsfragen, in Bildungs- und Forschungsfragen, etwa wenn es um Leistungsaufträge an die ETH ging, beim Landesmuseum, auch beim Finanzausgleich. Wir vertreten in gesellschaftlichen Fragen und in der Aussenpolitik beide eine liberale, offene Haltung. Auch in Wirtschaftsfragen stehen wir uns nahe, aber dort müsste man im Detail differenzieren. Ich trat beispielsweise für Parallelimporte ein. Da war Felix Gutzwiller zurückhaltender.

Wo gingen die Positionen auseinander?
Sicher bei der Waffeninitiative, wo es um die Frage ging, ob die persönliche Waffe nach Hause mitgegeben werden soll oder nicht. Bei der Minder-«Abzocker»-Initiative und in der «Too big to fail»-Problematik waren Felix Gutzwiller und ich auch nicht einer Meinung. Da wären sich Gutzwiller und Blocher wahrscheinlich nähergestanden.

Wie müsste auf die dem Finanz- und Wirtschaftsplatz Zürich drohenden Gewitter begegnet werden?
Unseren materiellen Wohlstand verdanken wir zu einem ansehnlichen Teil dem Finanzplatz. Daran lässt sich auch die Verletzlichkeit unseres Systems erkennen. Entfielen die Steuererträge von juristischen Personen, hätten wir auch auf dem Platz Zürich sehr eingeschränkte Perspektiven. Es muss gelingen, unseren Finanzplatz weltweit zur Verfügung zu stellen, aber mit Spielregeln, die auch hier Nachhaltigkeit ermöglichen. Wir befinden uns in einer schwierigen Phase, was die Steuerfragen betrifft. Politik wie Gesellschaft haben Steuerhinterziehung lange toleriert. Jetzt ist ist dieses System aufgebrochen, und wir können nie wieder dahin zurück. Wir sind gehalten, mit den Partnerländern neue Vereinbarungen zu treffen.

> «Eine gänzlich ungeteilte Standesstimme ist nicht nötig. Sonst könnte man ja eine einzige Person ins ‹Stöckli› schicken.»

Damit wird noch lange nicht jedes Unwetter verhindert.
Produktivitätssteigerung, Innovation und Kostenbewusstsein sind jetzt besonders gefragt. Gerade mit dem Ausstieg aus der Atomenergie öffnen wir den Weg für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Dies wird unsere Exportmöglichkeiten global positiv beeinflussen. Daneben unterstütze ich jeden Abbau von unnötigen administrativen Belastungen.

Ist es nicht etwas gar ambitioniert, auch noch den Atomausstieg zu forcieren, wenn unser Wirtschaftssystem derart belastet ist? Gratis ist er ja nicht zu haben.
Ein Ausstieg ist nur möglich, wenn parallel dazu die nötigen Innovationen gemacht werden und wenn das ganze Energiesparpotenzial genutzt wird. Zwar wird die Energie – wenn auch nicht sofort – teurer werden, aber die neuen Technologien werden uns Geräte, Motoren und kluge Nutzersysteme ermöglichen, die den Energieverbrauch senken werden. Macht man das geschickt, hält sich die Verteuerung in engen Grenzen. Für die stromintensiven Branchen werden sich Lösungen finden lassen.

Also keine Belastung der Wirtschaft?
Eine verkraftbare. Wichtig ist eine verlässliche, transparente Energiestrategie, die der Wirtschaft Investitionssicherheit gibt. Attribute wie Sauberkeit und Qualität gehören zu unserem Land. Swiss Cleantech muss unser künftiges Label werden.

Gegen wen kandidieren Sie eigentlich?
Gegen niemanden. Ich kandidiere für Verena Diener.

Könnten Sie es sich vorstellen, Zürich mit Christoph Blocher zu vertreten?
Die Bevölkerung entscheidet, wen sie nach Bern entsendet. Im Laufe meines Lebens habe ich gelernt, mit allen Menschen respektvoll umzugehen. Das würde auch hier der Fall sein.

Interview: wbt./rib.